

Rede der Oberbürgermeisterin Petra Broistedt zur Rede „Einbringung des Haushaltsentwurfs“ am 16. Dezember 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

wir bringen heute einen Doppelhaushalt ein, der uns in die Lage versetzt, an unseren Zielen festzuhalten und gleichzeitig den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Das ist nicht leicht, denn es steht fest: Es gab noch nie so viele Krisen auf einmal zu bewältigen wie derzeit. Jede einzelne hat erhebliche Auswirkungen auf die kommunale Ebene.

Die Haushaltsaufstellung 2023/2024 war insbesondere von sechs Punkten geprägt:

1. Die Kriege und Krisenherde dieser Welt drängen Menschen zur Flucht. Göttingen hat in diesem Jahr weit mehr als 2.000 Menschen aufgenommen, davon rund 1.500 aus der Ukraine. Zur Einordnung: Das sind mehr Menschen als in den Jahren 2015/2016.

Großen Dank möchte ich an dieser Stelle den Göttinger*innen für ihre enorme Hilfsbereitschaft aussprechen. Die Menschen in unserer Stadt halten auch in schwierigen Zeiten zusammen. Das beeindruckt mich sehr.

Bis Ende März 2023 werden weitere 1.000 Geflüchtete ankommen. Danach erlässt das Land die nächste Aufnahmequote. Es ist wahrscheinlich, dass uns auch in 2023 und 2024 Menschen auf dem zahlenmäßigen Niveau wie in diesem Jahr zugewiesen werden. Ihnen in ihrer Not zu helfen ist richtig. Wir werden das auch meistern und wollen das möglichst schaffen, ohne Turnhallen zu belegen oder Zelte aufzustellen, wie es andernorts erforderlich ist. Zugleich ist das auch ein erheblicher Kraftakt für uns. Und wir müssen feststellen: Die Landes-Pauschale von rund 11.500 Euro pro Person reicht gerade in großen Städten wie Göttingen mit Wohnungsnot und hohen Mieten nicht aus. Damit lassen sich Unterkunft und Verpflegung, medizinische Versorgung, Sprachkurse, Integrationsleistungen, Kita- und Schulplätze einfach nicht finanzieren.

2. Die Energiekrise führt zu höherem Aufwand bei den Energiekosten. Wir planen mit einer Verdopplung der Ansätze. Sie macht darüber hinaus aber auch Vorsorge- und Hilfs- und Unterstützungsangebote für Einrichtungen aus dem Kinder-, Jugend-, Sozial- und Kulturbereich, für Vereine und nicht zuletzt für Menschen, die in Not geraten, erforderlich.
3. Der Ukrainekrieg mit all seinen Auswirkungen unterbricht Lieferketten und macht damit insbesondere das Bauen und Sanieren erheblich teurer.
4. Die Inflation lässt Preise allgemein in ungeahnte Höhen steigen, damit verbunden sind gravierende soziale und ökonomische Folgen.
5. Der Klimawandel als größte Herausforderungen erfordert noch stärkere – auch finanzielle – Bemühungen zum Beispiel in den Bereichen Erneuerbare Energien, energetische Sanierung und Verkehrswende.
6. Gleichzeitig stehen wir vor einer Wirtschaftskrise, mindestens jedoch einem wirtschaftlichen Abschwung. Den gilt es abzumildern. Deshalb lautet die Devise, gegen den Strom zu schwimmen und Mittel klug einzusetzen. Oder wie Volkswirte es ausdrücken: Der Staat –

damit ist auch die kommunale Ebene gemeint - muss in der Krise antizyklisch handeln und investieren. Das wollen wir tun, und zwar ohne den Schuldendeckel zu reißen.

Die Mehrzahl der großen Städte in Niedersachsen schreibt in dieser Situation tieferrote Zahlen. Die Stadt Wolfsburg rechnet beispielsweise im kommenden Jahr mit einem Defizit in Höhe von 45 Millionen Euro. Die Region Hannover mit 134 Millionen Euro. Die Städte Hannover und Braunschweig sogar mit knapp 200 Millionen Euro.

Wir sind defensiv an die Haushaltsaufstellung rangegangen, haben die Vorjahreswerte zu Grunde gelegt und nur dort Ansätze erhöht, wo es unumgänglich war. Aber auch wir planen für 2023 und 2024 mit so hohen Ausgaben wie noch nie zuvor. Das Gesamtvolumen des Ergebnishaushalts beläuft sich 2023 auf 549 Millionen Euro und 2024 bei rd. 560 Millionen Euro. Zum Vergleich: 2022 lagen wir bei 535 Millionen Euro.

Zum Glück geht es der Göttinger Wirtschaft insgesamt aktuell gut. Wir können mit Rekordeinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer planen – für 2023 sind gut 118 Millionen Euro vorgesehen, 26 Millionen Euro mehr als seinerzeit im Haushaltsplan 2022 für das kommende Jahr geplant. Das bewahrt uns im Gegensatz zu anderen Kommunen noch die Handlungsfähigkeit.

Auf diese Weise gelingt uns der Haushaltsausgleich, das aber nur ganz knapp. Das ist zugleich auch das Erschreckende: von den hohen Einnahmen bleibt nichts übrig. Das hat verschiedene Gründe:

1. Wir bekommen weniger aus dem Finanzausgleich des Landes. Warum? Über den Finanzausgleich werden die Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt. Der Finanzausgleich ist als Ausgleichssystem konzipiert, das heißt schwache Kommunen bekommen mehr, starke weniger. Das soll für annähernd gleiche Lebensverhältnisse im Land sorgen. Für uns heißt das: Höhere Gewerbesteuern führen automatisch zu geringeren Finanzausgleichsleistungen (in unserem Fall in 2023 rund 25 Millionen Euro weniger als noch in 2022).
2. Gleichzeitig müssen wir mehr Kreisumlage an den Landkreis zahlen: Die Kreisumlage ist die wesentliche Einnahmequelle des Landkreises, damit er seine Aufgaben finanzieren kann. Sie berechnet sich unter anderem nach der Steuerkraft der Kommunen. Und das bedeutet wieder: Eine höhere Gewerbesteuer führt automatisch zu einer höheren Kreisumlage (im kommenden Jahr 65,5 statt 55 Millionen Euro).
3. Der Bund hat wichtige gesetzliche Änderungen auf den Weg gebracht, z.B.
 - im Betreuungsrecht
 - im Kinder- und Jugendschutz
 - beim Wohngeld,
 - mit dem Deutschlandticket auch im Bereich des ÖPNV.

Diese Reformen sind gut und richtig. Woran der Bund aber nicht gedacht hat: Sie auch personell ausreichend zu finanzieren. Denn wer setzt die Reformen um? Die Kommunen! Und genau dafür braucht es bei den Kommunen nicht nur den Sachaufwand, sondern eben auch zusätzliches Personal in erheblichem Umfang. Das wird wiederum nicht vom Gesetzgeber mitfinanziert.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: Das neue Wohngeldgesetz bewirkt, dass zwei- bis dreimal so viele Menschen Anspruch auf diese Leistung haben. Das ist in der Krise auch richtig, um Menschen mit kleinem Geldbeutel zu helfen. Man nennt es soziale Gerechtigkeit. Die doppelte oder dreifache Zahl an Anträgen lässt sich aber nicht mit gleichem Personalbestand bewältigen. Wir gehen davon aus, dass wir in Göttingen mindestens 8 zusätzliche Stellen dafür benötigen und für die gibt es keine Bundesmittel. Das sind Reformen auf dem Rücken der Kommunen!

Sie kennen das Sprichwort „Wer die Musik bestellt, der zahlt sie auch.“ Dieses Prinzip wird hier ausgehebelt und die kommunale Ebene legt mal wieder ordentlich drauf. An dieser Stelle muss ich deutlich sagen, dass die Kommunen für die Aufgabenvielfalt, die von ihnen verlangt wird, schon lange Zeit strukturell unterfinanziert sind und sich die Situation aus den geschilderten Gründen weiter verschlechtert.

4. Hinzu kommen die Auswirkungen von Energiepreisteigerungen, Inflation, Tarifierungen und nicht zuletzt des Fachkräftemangels, der immer größere Anstrengungen in die Personalgewinnung und -haltung erforderlich macht.
5. Und schließlich dürfen wir in Göttingen nicht den erheblichen Aufwand für die Sondierungen und Entschärfungen von Weltkriegsbomben vergessen, die uns auch in den nächsten Jahren beschäftigen werden.

Was uns in Göttingen einzig und allein rettet, sind die erfreulichen Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Dass sie immer sprudeln, ist natürlich nicht sicher. Deshalb dürfen wir uns darauf auch nicht ausruhen.

Das oberste Gebot heißt also Bescheidenheit. Bescheidenheit im Ergebnishaushalt, um im Finanzhaushalt den Spielraum zum Investieren zu bekommen. Und trotzdem setzen wir mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 wichtige Akzente:

1. Ganz oben auf unserer Liste stehen Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung.
 - Wir haben 10 zusätzliche Stellen in unterschiedlichen Bereichen vorgesehen. Das Personal wird dringend gebraucht, um unsere vielen ausgezeichneten Konzepte im Klimaschutz auch umsetzen zu können. In der Schublade helfen sie nämlich nicht viel. Wir müssen jetzt in die Umsetzungsphase kommen.
 - Das Klimabudget, also das Geld, das für den Klimaschutz oder die Klimaanpassung vorgesehen ist, sieht in 2023 und in 2024 jeweils mehr als 12 Millionen Euro vor. Damit fördern wir aktiv eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Und zu den Haushaltsberatungen werden wir Ihnen das Klimabudget plus vorlegen, in dem dann auch alle Aufwendungen unserer Töchter in Klima und Nachhaltigkeit eingeflossen sind.
2. Die Verkehrswende wird kommen. Und sie wird teuer. Auch hier fangen wir nicht bei null an. Zu diesem Bereich gehört der weitere Ausbau des Radwegenetzes, für den im Doppelhaushalt 7,5 Millionen Euro vorgesehen sind. Auf unserer Agenda stehen außerdem die Themen
 - On demand-Verkehr, also Busfahren auf Abruf,
 - die Taktverdichtung,
 - P&R-Parkplätze mit Schnellbuslinien in die StadtDenn nur mit einem attraktiven ÖPNV gelingt die Verkehrswende. Dazu gehören im Übrigen auch höhere Parkgebühren und ein angepasstes Parkraummanagement, auch wenn das von Vielen nicht gern gehört wird. Für beides sind bereits die Weichen gestellt und ich hoffe auf Ihre Zustimmung.
Mit einem neuen Konzept zur Beteiligung der Göttinger*innen wollen wir im Zukunftsforum Leitlinien entwickeln lassen, wie sich große Hauptverkehrsstraßen zukunftsfähig umgestalten lassen.
 - Die Entscheidung zum Busbetriebshof ist gefallen und wird jetzt angegangen. Pluspunkt Göttingen: 30 Prozent der Flotte der GöVB sind schon E-Busse. Das ist der zweithöchste Wert in Niedersachsen!
 - Weitere Stichworte hier sind das Angebot des Anrufliantaxis in Nikolausberg und die Anbindung des Siekangers an das Busnetz

3. Geld ist auch vorgesehen für Kinder-, Jugend, Familien und Soziales
 - Im nächsten Jahr werden wir mehr als 51,8 Millionen Euro für Kinderbetreuung ausgeben, in 2024 52,8. Auch das ist ein Rekord!
 - Wir sorgen für Zusammenhalt: Im Stadtgebiet finanziert die Stadt insgesamt 7 Quartierszentren – das sind wichtige Anlaufstellen für gute Nachbarschaften
 - Wir unterstützen soziale und Kultureinrichtungen, was den Mindestlohn und steigende Energiepreise betrifft.
 - Wir werden einen Hilfs- und einen Solidaritätsfonds aufstellen, für in Not geratene Göttinger*innen genauso wie für Institutionen und Vereine aus den Bereichen Jugend, Soziales, Kultur und Sport.
4. Göttingen muss digitaler werden, das Stichwort ist die Smart City. Für die Jahre 2023 und 2024 haben wir jeweils 200.000 Euro im Ergebnishaushalt vorgesehen und nochmals jeweils 250.000 Euro für Investitionen. Vieles läuft bereits digital, vieles wird auch zur Pflicht. Bauanträge etwa müssen ab 2024 digital gestellt werden. Bei extremen Hitzelagen sollen zukünftig Feuchtigkeitssensoren Defizite in der Wasserversorgung der Stadtbäume digital übermitteln. Um nur zwei konkrete Beispiele zu nennen.

Beim Digitalpakt in städtischen Schulen kommen wir gut voran: Voraussichtlich im 1. Quartal 2023 wird in sämtlichen unterrichtsrelevanten Bereichen aller Schulen in städtischer Trägerschaft eine WLAN-Infrastruktur vorhanden sein, die den neuesten Anforderungen hinsichtlich der Übertragungsgeschwindigkeit und der Versorgung einer hohen Anzahl mobiler Endgeräte entspricht. Für Vernetzungsarbeiten in Schulen sind insgesamt übrigens 2,5 Millionen Euro ausgegeben bzw. gebunden worden. Auch digitale Präsentationsgeräte werden von den Schulen fleißig geordert. Aktuell sieht es so aus, dass die Montage aller bestellten Geräte wie Beamer und interaktive Displays ebenfalls im 1. Quartal 2023 abgeschlossen sein wird.

5. Ohne ausreichend und gut qualifiziertes Personal nützen alle Konzepte, alle Vorhaben und alle Pflichtaufgaben nichts.
 - Insgesamt gab es 138 Stellenplananträge – auch, weil der Bund uns durch die genannten gesetzlichen Änderungen neue Aufgaben zugewiesen hat. Jeder einzelne war gut begründet. Es war also wirklich ein Drahtseilakt, zu einer ausgewogenen Entscheidung zu kommen. Und ich danke meinen Dezernent*innen, dass dabei alle im Sinne der Sache priorisiert haben und wir uns gemeinsam auf Schwerpunkte verständigen konnten.
 - Wir schlagen Ihnen heute 63,5 zusätzliche Stellen vor, davon 10 im Bereich Klimaschutz, 17 im Bereich Jugend, 10 für Soziales und 3,5 für Digitalisierung. Damit gelingt es uns, die drängendsten Aufgaben anzugehen.
6. Ein ganz wichtiger Aspekt ist: Wir investieren!

Sie wissen, die Stadt und ihre Töchter haben zusammen einen Investitionsstau in Höhe von rund 1,7 Milliarden Euro. Wir haben uns im Rat gemeinsam darauf verständigt, ihn sukzessive abzubauen, mit einem Schwerpunkt auf Investitionen in Bildung und Klimaschutz. Jedes Jahr gehen wir hier einen weiteren Schritt voran, auch in 2023 und 2024. Dieses Engagement dürfen wir auch in Krisenzeiten nicht schmälern. Ich sagte ja bereits, in Krisen darf der Staat nicht sparen, er muss investieren. Genau das tun wir. Im Doppelhaushalt stehen inklusive Haushaltsreste 162,6 Millionen Euro für Investitionen bereit, damit wir generationenübergreifend die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt gewährleisten. Wir werden in Kitas und Schulen investieren, in den Klimaschutz, in den Katastrophenschutz, in die Digitalisierung und in die bauliche Infrastruktur.

Wir wollen vor der Lage bleiben, das gilt insbesondere für Krisenzeiten. Das macht uns handlungsfähig. Dringend notwendige Investitionen dürfen gerade jetzt nicht leiden.

Dafür brauchen wir einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt, besser noch Haushaltsüberschüsse, um die anstehenden Investitionen zu finanzieren. Das ist wie bei uns zu Hause: Wenn am Ende des Monats das Portemonnaie permanent leer ist, gibt die Bank uns keinen Kredit für die Haussanierung, weil wir ihn nicht bedienen können.

Anrede,

wir legen Ihnen heute einen ausgeglichenen, vorausschauend aufgestellten, zukunftssicheren und soliden Doppelhaushalt vor. Damit setzen wir den eingeschlagenen Weg in eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklung fort.

Meine Bitte: Tragen Sie diesen Haushalt mit. So sehr ich auch verstehe, dass Politik darüber hinaus immer gern noch eigene, zusätzliche Projekte verankern möchte: Goldgräberstimmung ist fehl am Platz. Aktuell ist nicht die Zeit für Zusätzliches, sonst gefährden wir den Haushaltsausgleich und damit die Investitionsfähigkeit.

Zum Schluss bleibt mir, Christian Schmetz als Kämmerer und der Finanzverwaltung, insbesondere Herrn Fuchs und Team für Ihr Engagement bei der Haushaltsaufstellung zu danken. Lieber Christian, ich weiß, dass insbesondere die letzten Wochen bei Euch besonders stressig waren. Ihr hattet mit einigen Unwägbarkeiten – Gewerbesteuer, Finanzausgleich, Kreisumlage, Rettungsschirme, Personalforderungen - zu kämpfen. Das war nicht leicht. Und auch jetzt sind die zusätzlichen Finanzbedarfe der städtischen Töchter – ich nenne vor allem die zusätzlichen Bedarfe der GöVB – noch nicht im Haushaltsentwurf enthalten. Das kommt erst, mit der Änderungsliste. Ihr hattet einige schlaflose Nächte. Danke für Euer Durchhaltevermögen und die konstruktiven Lösungen, die Ihr stets entwickelt.

Danken möchte ich auch meinen Dezernent*innen Maria Schmidt, Anja Krause und Frithjof Look. Ihr habt mit Euren Teams Bedarfe mit Weitblick erkannt, bewertet, gewichtet und die dafür notwendigen Mittel sowie Personalressourcen priorisiert. Nur so ist es uns gemeinsam gelungen, den Haushaltsausgleich zu erreichen. Dafür herzlichen Dank.

Ich wünsche uns gemeinsam gutes Gelingen bei den Beratungen im Sinne der Menschen unserer Stadt.